

Der Preis beträgt morgens und nachmittags, Sonntags und Montags von ...

Die abgesetzene Hauptausgabe über Herrn Kohn kostet 2,- M. einschließlich ...

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Prozeß der ungarischen Volkskommissäre

Von Sigmund Kunft, Wien

Der Prozeß gegen die Volkskommissäre ist zu einer großen Gelegenheit für Gericht und Regierung in Ungarn geworden. Die Konterrevolution hat sich eine sogenannte Rechtsauffassung zu eigen gemacht, der zufolge die ganze proletarische Revolution ein gemeinsames Verbrechen gewesen ist, hat die politischen und sozialen Maßnahmen der Räteregierung unter die Begriffe des Raubes, Mordes, Erpressung, Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit subsummiert, hat auf Grund dieser Unrechtsauffassung Tausende eingekerkert, Hunderte dem Henker überliefert und das schändliche Gebäude des geschlichen, von Richtern ausgeübten weißen Terrors aufgerichtet. Nun sollte sie das Gebäude krönen. Diesem Zwecke diente die Verhandlung gegen die Volkskommissäre, die mit der Absicht begonnen wurde, die Männer an den Galgen zu bringen, die die Verordnungen erlassen haben, für deren Ausführung so viele gehängt, die die Institutionen geschaffen haben, deren Funktionäre mit solch entsetzlichen Kerkerstrafen verfolgt wurden.

Angeleitet in ihrem Klassenhaß durch die Haltung der ganzen kapitalistischen Welt, vorwärtsgetrieben von dem Rachebedürfnis des magyarischen besthenden Böbels, ging man das Gericht daran, seine Praxis auch auf die Volkskommissäre auszudehnen, deren Angelegenheit durch die Persönlichkeit der „Angeklagten“, durch ihre Stellung im vorkonventionären Ungarn, in der Sowjet Herrschaft und in der internationalen Welt, durch den Widerhall, den ihr Schicksal im ungarischen Proletariat erweckte, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt in wachsendem Maß wachrief. Das Bedürfnis, dem so arg mitgenommenen Ruf Ungarns irgendwie nachzuhelfen, wirkte dabei auch bestimmend, man wollte der Welt zeigen, daß Ungarn ein Rechtsstaat und die Volkskommissäre wahrhaftig Räuber und Mörder gewesen seien. Durch die breite Führung dieses Prozesses suchte der weiße Terror seine Rechtfertigung, die Legalisierung aller seiner bisherigen Bluturteile zu finden, einen neuen Stein auf die Gräber seiner hingemordeten Opfer zu wälzen, das Schloß der Kerkerthüren von neuem zu befestigen. Nun ereilte aber die ungarische Terroristenregierung inmitten dieses schändlichen Tuns ihr Schicksal: der Prozeß der Volkskommissäre und die in seinem Laufe zutage geförderten unwiderleglichen Tatsachen bempeln die Horthyjustiz zu einem noch blutigerem und schmutzigerem Instrument, als es das Kastriermesser des Hejjas ist und drückt diesen Richtern das Schandmal des tausendfachen Justizmordes auf die Stirne.

Es ist unmöglich, auch nur ein annähernd getreues Bild dieses Prozesses, der länger dauerte als die Diktatur des Proletariats in Ungarn, zu geben. Trotzdem müssen einige Züge aus dieser unübersichtlichen Menge von Tatsachen hervorgehoben werden, weil sie auf das Schicksal dieser Männer von großem Einfluß sind und weil sie trotz aller Zerrissenheit und Befangenheit in Vorurteilen und im Klassenhaß einen Sturm der Entrüstung bei allen rechtschaffenen Menschen in der Welt hervorzurufen müssen und dadurch nicht nur die Volkskommissäre vor Tod und Entehrung erretten, sondern auch allen Opfern der Rachejustiz Horthys die Freiheit und das Leben zurückgeben müssen. Im Laufe der öffentlichen Verhandlung ist die gesamte Angelegenheit schändlich zusammengebrochen.

Hundert von Arbeitern und Technikern schmachten in den Gefängnissen, deren einziges Verbrechen es war, daß sie in sozialisierten Fabriken Betriebsräte, Produktionskommissäre waren, hunderte von Bauern wurden in den Dörfern Transdanubiens von den Weißgardisten niedergemetzelt, die das Verbrechen begangen haben, das sie die Leitung der herrenlos gewordenen Güter übernommen haben. Sie wurden alle auf Grund jener Rechtsauffassung bestraft, daß die Sozialisierung Raub, und alle, die daran mitgewirkt haben, Diebe und Räuber seien. Nun wurde im Prozeß der Volkskommissäre dieser Anklagepunkt, der in der Anklagegeheiß noch einen großen Raum einnahm, einfach fallen gelassen oder richtig, das Gericht wagte sich garnicht daran, diesen Punkt der Anklage zur Verhandlung zu stellen. Damit wurde der Übergang von der Sozialen in die Sozialistische Revolution von dem Gericht gleichsam zurückgegeben, wurde anerkannt, daß die Auffassung, auf Grund welcher so viele Freiheit und Leben einbüßen mußten, nicht einmal vom Standpunkte der Konterrevolution weiter aufrechterhalten werden kann.

Nach dieser Kapitulation blieben dem Gericht nur zwei Punkte der Anklage übrig und es warf sich auch mit allen Eifer auf sie. Der eine war, beweisen, daß die Volkskommissäre die Macht mit Gewalt an sich rissen und durch Terror die Bevölkerung in ihren Dienst zwangen und daß sie in der Ausübung dieses Terrors auch vor dem Morde, den sie durch die Revolutionstribunale und durch die Rote Armee ausüben ließen, nicht zurückschreckten. In dieser Hinsicht hatte die Verhandlung folgendes Ergebnis:

Es wurden alle Vorsteher der öffentlichen Ämter, alle hohen bürgerlichen, militärischen, polizeilichen Funktionäre, viele kapitalistischen Grundbesitzer, Banddirektoren vorgeladen und der Staatsanwaltschaft gelang es nicht, eine einzige

Rapp, Escherich und Rahr

Der vorbildliche Umsturz

Das bayerische Justizministerium hat vor einigen Tagen bekanntgegeben, daß die Ermittlungen gegen die Rapp-Putschisten „mit voller Bestimmtheit“ die Unschuld der Angeklagten ergeben hätte. Bayern sei von dem Rapp-Putsch „vollkommen überrascht“ gewesen. Wir haben damals gleich die Wertlosigkeit dieser juristischen Entscheidung festgesetzt. Das bayerische Justizministerium konnte aber eine andere Feststellung gar nicht treffen, denn der Justizminister Dr. Roth war bei dem Rapp-Putsch in München Hauptbeteiligter, er hätte sich also, wenn die objektive Wahrheit festgestellt worden wäre, selbst in den Anklagezustand versezt.

In der „Münchener Post“ weist jetzt der Rechtssozialist Saenger noch einmal auf die Ereignisse am 13. März in München hin und stellt fest, daß die bayerische Regierung unter dem Druck der Militärgewalt abdanken mußte. Da die Art, wie in Bayern der Umsturz gemacht wurde, den putschlisternen Rechtsparteien auch heute noch als vorbildlich erscheint, da sie bei dem kommenden Unternehmen nach dem gleichen Schema vorgehen wollen, ist es wertvoll, die in Bayern angewandte Taktik noch einmal in Erinnerung zu bringen. General Roehl, der Befehlshaber der bayerischen Reichswehr, erschien am 13. März im Ministerrat und erklärte, er übernehme alle Garantien für das Militär, Mannschaften und Offiziere seien unbedingt zuverlässig. Die Zeitfreiwilligen seien zwar politisch nicht ganz rein, aber ihre Zahl sei zu gering um auf den Gesamtkörper der Truppen maßgebenden Einfluß auszuüben.

Am 14. März früh 6 Uhr trat der Ministerrat erneut zusammen. General Roehl war wiederum zur Stelle, diesmal begleitet von dem jetzigen Polizeipräsidenten Köhner und dem Orpheus-Hauptmann Escherich. Beide Herren verlangten wegen der Stimmung der Truppen die sofortige Uebertragung außerordentlicher Vollmachten im ganzen Lande an General Roehl. Auch der Führer der Zeitfreiwilligen, Obmann des alldeutschen Schutz- und Trutzbundes, und Hauptseher der deutschnationalen Studentenschaft, Herr Hemmeter, erschien in Uniform. Er machte den demokratischen Justizminister Müller, der zum Koalitionsminister Hofmann gehörte, aus persönlicher Freundschaft darauf aufmerksam, daß er sich unverzüglich entziehen müsse, denn in der nächsten Viertelstunde könnte für die Sicherheit des Ministerrats nicht mehr garantiert werden. Etwas später kam noch ein offizieller Auftrag der politischen Abteilung der Münchener Polizeidirektion ein Beamter und erklärte dem Ministerrat offiziell, daß die Polizeidirektion München es ablehne, angeht der Stimmung der Truppen dem Ministerrat Schutz zu garantieren.

Die Regierung Hofmann stand also unter dem Druck der konterrevolutionären Militärs. Escherich hatte inzwischen die Einwohnerwehren mobilisiert; auch diese waren Gegner der versassungsmäßigen Regierung. Hätte sich diese widersetzt, dann wäre sie gewalttätig hinweggefegt worden. Die Regierung schaute Blutvergießen und dankte deshalb, durch die Machtverhältnisse gezwungen, ab. Ein anderer Ausweg schien ihr nicht gangbar.

In der Gegenwart sehen wir die Rechtsparteien die gleiche Taktik einschlagen. Die Reichswehr ist, nachdem Seeck alle Republikaner entfernt hat, ein absolut zuverlässiges Instrument der Reaktion geworden. Sie ist aber allein nicht stark genug, um für das ganze Reich den Putsch zu machen. Deshalb organisiert Escherich die militärischen Geheimverbände und bringt sie unter eine straffe genitale Leitung. Ist dann der Zeitpunkt zum Uo-

schlagen gekommen, dann werden Escherich und die Generale, wie in Bayern, auf die hinter ihnen stehenden Truppen pochen, werden auf ihre „Stimmung“ verweisen (die die harmlosen Generale selbstverständlich nicht ändern können) und der Tanz kann beginnen.

Neue Putschpläne

Ausreichende Geldmittel — Zerstückelung des Friedensvertrages

Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht in der gestrigen Abendausgabe folgenden Brief:

Einna, den 27. Oktober 1920.

Lieber ... Als Uebermittler unserer gemeinsamen Sache und Ziele war ich von E. (Escherich? Red.) nach München beordert. Dort bin ich über alles genau informiert und ins Vertrauen gezogen. E. hat bestimmte einwandfreie Pläne, die gereift sind. Er stellt sich führenden Männern zur Verfügung. Einen starken Rückhalt bilden wir. Es ist nun allgemeine Aufgabe, möglichst viele aus unseren Reihen zu gewinnen, so die U. M. B. (U. Marine-Brigade Ehrhardt), da die U. M. B. den Kern zu bilden hat, dem sich folgende anschließen werden. Das Endziel ist uns ja zum größten Teil bekannt. Es besteht im Zerstückeln des Friedensvertrages und der roten Gefahr, zwei Aufgaben, denen man auf zwei verschiedenen Wegen zu dienen hat. Erstens: sollte der rote Schrecken durchs Land ziehen, so werde ich allen Kameraden eine Nachricht zugehen lassen. Daraufhin haben sich alle umgekehrt ins Truppenlager Grabenwehr zwischen Hof-Münchberg einzufinden. Nachricht erfolgt durch ein Telegramm mit Stichwort als Unterschrift: Bob Bornjett. Inhalt selbst hat keine Bedeutung. Bei Ausbruch des roten Terrors ist jeder frei, kann sich jeder daher zur Verfügung stellen. Zweitens: um zu dem Endpunkt „Zerstückeln des Friedensvertrages“ zu kommen, muß stappweise vorgegangen werden. Die Grundarbeit ist bereits geleistet. In aller nächster Zeit wird jedoch Hilfe von taifräftigen Männern nötig sein, um einen weiteren Schritt vorwärts zu kommen. Es handelt sich hierbei um eine Mindestzeit von drei Monaten. Für diese Zeit gibt es ausreichend Gehalt und Beförderung. Wo und wie das erfolgt, kann ich nicht niederschreiben, jedoch verifiziere ich jedem einzelnen, daß er sich sofort einverstanden erklären würde, wenn ihm alles bekannt wäre. Wer irgendwie für diese Zeit sich freimachen kann, muß sich zur Verfügung stellen. Es ist unsere heiligste Pflicht, es gilt in erster Linie, der irreführenden Arbeiterkraft und dem Bürgertum zu helfen. Benachrichtigung zum sofortigen Kommen wird von hier aus erfolgen durch Telegramm mit Stichwort als Unterschrift: Bornjett (Landwirt). Der Inhalt wird dem Ort und Zeit treffend gegeben. Ich bitte Sie nun, sich zu diesen beiden Punkten zu äußern. Zu 1. ob bestimmt mit sofortigem Kommen zu rechnen ist oder nicht; wenn bei Ausbruch des Terrors keine Verhandlung möglich ist, so ohne vorherige Nachricht eintreffen. 2. Ob Sie auf Aufforderung sofort kommen oder mit Ihrem Kommen nicht zu rechnen ist, aber Sie erst nach bestimmter Zeit kommen (Angabe dieses Zeitabschnittes). Gerade zu 2 ist es von größter Bedeutung, sich zu stellen. Ihr gegebener Bescheid ist bindend. Sofortige Beantwortung bringend nötig. Strengste Verschwiegenheit, genaue Adressenangabe. Schreiben vernichten, nachdem der nötige Auszug gemacht ist.

Mit kameradschaftlichem Gruß
August Bornjett, Leutnant a. D.
Einna bei Hildesheim.

Die U. Marinebrigade, die den „Kern zu bilden hat“, wird bereits in Bayern neu zusammengestellt. Geldgeber werden in dem Schreiben nicht genannt, aber die riesigen Summen kommen von der Schwerindustrie, in deren Kreisen in den letzten Wochen riesig und mit gutem Erfolg gesammelt wurde,

Zeugenaussage zu produzieren, die bewiesen hätte, daß irgendwo, von irgend jemanden ein Widerstand versucht worden wäre und daß zu seiner Niederschlagung Gewalt hätte irgendwie angewendet werden müssen. Die Revolution vom 21. März war noch viel unblutiger, als die vom 31. Oktober, wo wenigstens Freundschaftsüße abgegeben wurden. Ohne den Versuch, ja ohne den Gedanken des Widerstandes, hat die Bourgeoisie den ganzen Staatsapparat und den ganzen gesellschaftlichen Keil zum Proletariat ausgeliefert; kaum fanden sich einige, die auf ihre Stellen verzichtet und sich zurückgezogen hätten; die meisten, und das gilt so gut für die öffentlichen Beamten, wie für die Kapitalisten, haben ihre Dienste freudig der neuen Herrschaft angeboten. Es war niemand da, dem gegenüber Gewalt notwendig gewesen wäre. Es war dies ein Fall, dergleichen in der Welt niemals vorlam und wahrscheinlich auch nie mehr vorkommen wird. Ein gut beobachtender, aber durch und durch kapitalistisch gesinnter ungarischer Schriftsteller, Thomas Kabor, schrieb ein sehr lehrreiches Buch über die ungarische Diktatur, aus dem klar hervorgeht, daß in dem Augenblick der Geburt der Diktatur niemand an einen Widerstand dachte, weil sie nicht nur vom Geiste der sozialen Revolution, der im Proletariat sehr stark war, sondern auch von einer, aus Hoffnung und Verzweiflung zusammengesetzten Woge der nationalen Leidenschaft getragen

wurde, gegen die sich aufzulehnen der Bourgeoisie nicht nur die Macht, sondern auch der Wille fehlte.

Damit hängt ein anderer Punkt der Anklage zusammen, dessen rechtliche Beschaffenheit noch merkwürdiger ist. Die Volkskommissäre werden auch angeklagt, daß sie die Verfassung mit Gewalt gestürzt und damit das Verbrechen des Aufruhrs und Hochverrats begangen haben sollen. Mit viel größerem Rechte, als Laßalle, gegen den dieselbe Anklage erhoben wurde, können die ungarischen Volkskommissäre ihre Richter fragen: Welche Verfassung meinen sie, meine Herren? Denn das ungarische Gericht steht auf dem Standpunkt, daß die durch die Oktoberrevolution 1918 geschaffene Verfassung, also die, die von der Diktatur gestürzt wurde, gar keine Verfassung gewesen ist; die ungarische Nationalversammlung hat im Gesetze 1/1920 alle Verfügungen und Handlungen der Oktoberrevolution für null und nichtig erklärt, hat sie für ungültig und nicht zu Recht bestehend erklärt, hat damit alle Bestimmungen zu ihrem Sturze nachträglich legalisiert und nun läßt sie durch ihre Gerichte eine Anklage gegen die erhabenen, die eben diese, von ihr als gesetzlich gar nicht bestehende Verfassung stützten. Sie schämt als Verfassung einen Zustand, deren Verfassungsmäßigkeit in einem besonderen Gesetze bestritten wurde, sie schämt die Macht derjenigen Männer, die sie sonst als Hochverräter und gemeine Verbrecher ebenso verfolgt, wie die Volkskommissäre, die

Führer der Oktoberrevolution. Die Anklage auf Hochverrat ist ebenso schmächtig zusammengebrochen, wie diejenige der gewalttätigen Machtergreifung.

Nun sollen aber die Volkskommissäre gemeine Mörder sein. Diese Anklage stützt sich darauf, daß die Volkskommissäre als Mitglieder der Räteregierung verantwortlich sind für alle Handlungen des Regierenden Rates, also in dieser Beziehung für die Verhängung des Standrechtes, für die Errichtung der Revolutionstribunale und der roten Armee und damit des Verbrechens der Anstiftung zum Mord schuldig wurden! Nun waren einige der angeklagten Volkskommissäre zur Zeit, als diese Verfügungen getroffen wurden, schon oder noch nicht Mitglieder der Räteregierung, einige von ihnen waren an den betreffenden Tagen, wo diese Verfügungen erlassen sind, in Wien und es gibt keinen einzigen unter ihnen, der irgendein politisches Ressort verwaltet, auf die politischen oder juristischen Maßnahmen der Regierung einen Einfluß ausgeübt hätte. Erstens sind sie alle Sozialdemokraten, denn die kommunistischen Kommissäre, mit Bela Kun an ihrer Spitze, haben sich durch Flucht der Verfolgung entzogen und die ungarische Räteregierung war die Herrschaft der kommunistischen Minderheit der sozialdemokratischen Mehrheit gegenüber. Zweitens sind diejenigen Sozialdemokraten, die entweder zu den Kommunisten übergegangen waren oder sonst vermögliche ihrer Stellung oder Persönlichkeit für die Politik der Diktatur irgendwie verantwortlich gemacht werden können, ebenfalls geflüchtet. Die Volkskommissäre, die vor Horthys Richtern stehen, waren Verwaltungsbeamte der Diktatur, sehr tüchtige, talentierte, agitatorisch oder wissenschaftlich hervorragende Kräfte, von welchen einige, so der Eisenarbeiter Bajali, der Ingenieur Kelen, der Sozialpolitiker Szabados, von einer Unerschrockenheit und moralischer Größe Zeugnis ablegten, die ihren Namen für immer ehren wird, aber keiner von ihnen hat einen Einfluß auf die Politik der Räteregierung ausgeübt und alle haben in ihrem beschränkten Wirkungsbereich einen maßgebenden, alle Härten mildern den Standpunkt ausgeübt. Daß man sie für die Urteile der Revolutionsgerichte und Konterrevolutionären Kämpfe der roten Armee, die alles in allem 165 Menschenleben kosteten, zur Verantwortung zieht, ist daselbe, als wenn man einen Chef der Militärinspektion oder den Direktor einer Munitionsfabrik des gemeinen Mordes anklagen würde wegen der Soldaten, die in einem Kampfe im Kriege ums Leben gekommen sind.

Auch diese Anklage erwieh sich selbst vom Standpunkt der konterrevolutionären Rechtsauffassung als völlig unhaltbar und obwohl in Horthungarn nichts, was gegen Recht, Vernunft und Billigkeit verstößt, unmöglich ist, ist es mir schier unmöglich zu glauben, daß diese Männer sogar von Horthysrichtern verurteilt werden könnten. Aber das Horthysgericht ist der Gefangene seiner früher gefällten Urteile, und kann das Bedürfnis empfinden, die „Gesetzlosigkeit“ der Hinrichtung Hundertes, die Enterkerung Tausender mit einer Verurteilung der Volkskommissäre zu bekräftigen. Das Gericht ist der Gefangene der Offiziere, die mit Handgranaten und Knäpeln bewaffnet, die ganze Verhandlung kontrollierten, die rechtmäßigen und selbstgewählten Verteidiger vertrieben; das Gericht ist der Gefangene des ganzen verbrecherischen Systems des weißen Schreckens, und zwischen die Wahl des Selbstmordes und der Ermordung von Unschuldigen gestellt, wird es, wenn es die Freiheit des Entschlusses besitzt, den Mord wählen, in dem es schon eine so große Übung hat.

Es gibt nun durch die Machtmittel des Proletariats, durch die Mobilisierung aller intellektuellen und moralischen Kräfte der gesteuerten Menschheit, dieser Möglichkeit vorzubeugen und durch die Rettung des Lebens der Volkskommissäre die Türe des großen ungarischen Kerkers aufzureißen. Freispruch der Volkskommissäre, Amnestie für die lebenden Märtyrer der ungarischen Kommune — sei das Lösungswort, das von einem Ende der Welt bis zum anderen von allen Proletariaten, von allen rechtschaffenen Menschen erhoben werde!

Berliner Reiseindrücke

des Stockholmer Oberbürgermeisters Carl Lindhagen.

Ich erinnere mich der angenehmen Zeit wie gestern, wo der Zutritt zum großen deutschen Vaterland auch für Ausländer frei und ohne Zwang war. Man kam und ging wie bei sich zu Hause.

Auch im Weltkriege während der Zeit der schlimmsten Spionensucht war der Polyzweier erträglich. Der Pöhl wurde vorgezeigt beim nächsten Polizeirevier. Dort wurde etwas in den Pöhl hineingelesen, ein Stempel daraufgesetzt und damit wars genug.

Jetzt, nach Kriegesende, würde es wohl kaum schlimmer sein als heute ist.

Schon das Suchen nach dem Polizeirevier war mühsamer, als früher. Doch lag der Fehler wohl nicht am System, sondern an der Wahl meines Aufenthaltsortes.

Nach einem zelttraubenden Umhergehen bei etwa 30 Grad Celsius im Schatten (es war im Sommer 1920) geriet ich endlich in Schwelch gebadet nach Apollon-Paulus-Str. 9. Eine Ordnung wies mich an einen Schuhmann, der in einem der Zimmer innerhalb einer Schranke beschäftigt war.

Ich überreichte meinen Pöhl. Der Beamte nahm ihn entgegen, ohne ihn anzusehen und fragte, ob ich ein ausgefülltes Formular bei mir hätte. „Nein“, antwortete ich überauslich, „aber geben Sie mir bitte ein Formular, dann werde ich es ausfüllen.“ „Dier können Sie kein Formular bekommen, das müssen Sie in einem Leben taufen“, äußerte er barsch und unfreundlich.

Mein ältester Vorfahr, der österreichische Bauer in mir, hatte hier das Wort geführt. Jetzt fühlte ich, wie mein anderer Stammvater, das Wallonenblut, sich zu regen begann.

Dieses Formular müssen Sie dann vom Portier oder Hauswirt wo Sie wohnen, bestätigen lassen“, fuhr er ungeduldig fort. „Und dann müssen Sie zum Wohnungsam gehen“ — ich glaube, das war es —, „von dort eine Bescheinigung mitbringen über Ihre Berechtigung, an gegebenen Orte zu wohnen. Dann kommen Sie wieder hierher, persönlich.“

Mein Wallonenblut wurde immer unberechenbarer. Doch behielt der österreichische Bauer immer noch die Oberhand. Ich hob sanft hervor, daß ich auf Einladung bei einem Bekannten wohnte, unter dessen Amtszimmer auf der Chaiselongue schief, daß ich in Berlin nur etwa fünf Tage bleiben wollte, daß ich mit Gefährten überhastet sei, und unmöglich ein paar Tage auf dieses meiner Meinung völlig unzulässige Verfahren verwenden könnte.

„Das hat nichts zu sagen“, erwiderte der Schuhmann hart, den nahe während, „Sie haben sich nach der Verfassung zu richten.“

Jetzt wollte das Wallonenblut in mir auf und überstürmte alles.

„Ach so, das ist also die neue Demokratie“, fuhr ich unberechenbar auf.

Der Schuhmann blühte mich an, unbeweglich, mit eisiger Berachtung.

Auf der anderen Seite der Abteilung des Schuhmanns arbeiteten in dem Zimmer ein paar Leute, die nach Kleidung, Besuchen und Gesichtsausdruck zu urteilen, sichtlich einem höheren Dienstgrade angehörten.

Der eine von ihnen tat, als ob es regnete. Der andere wieder konnte bei meinem Ausdruck ein Grinsen nicht unterdrücken, das

Die englisch-russischen Handelsbeziehungen

U. London, 2. Dezember.

Der endgültige, vorgestern Krassin übergebene und bereits nach Moskau weitergeleitete Entwurf des Handelsabkommens mit Rußland enthält keine grundsätzlich neuen Vorschläge. Da heiderseitig der Wille, zu einem Einvernehmen zu gelangen, besteht, dürfte eine glatte Beilegung zu erwarten sein. Jedoch ist mit einigen redaktionellen Änderungen nach dem Wunsche Moskaus zu rechnen, da die Sowjetregierung den Wortlaut bisher nicht lennt. Neue Verzögerungen sind also nicht ausgeschlossen. Bemerkenswert ist, daß Frankreich keinerlei Widerstand geleistet hat. In Deutschland scheint nicht genügend bekannt zu sein, daß die französische Regierung angesichts des englischen Entschlusses und Wrangels Niederlage, die Aufnahme des Handels mit Rußland offiziell erlaubt und die Frage der Staatsschuld im übrigen lediglich vertagt hat.

Konzessionen an ausländisches Kapital?

Berlin, 1. Dezember.

Moskauer Zeitungen veröffentlichen ein zum Teil bereits hier bekanntes Dekret des Rates der Volkskommissäre über die Erteilung von Konzessionen an ausländische Staats- und Kommunalbetriebe, Privatunternehmungen, Aktiengesellschaften, Konsumgenossenschaften und Arbeiterorganisationen zwecks Ausbeutung und Bearbeitung der russischen Bodenschätze. Bei der Erteilung von Konzessionen macht die Sowjetregierung das Zugeständnis, daß der Konzessionsinhaber durch einen Teil der Ausbeute mit Ausführungsgenehmigung entlohnt wird. Bei Beschaffung von Maschinen usw. sollen Handelsprivilegien gewährt werden. Die Konzessionsfrist ist ausserordentlich lang. Es wird garantiert, daß das Eigentum der Konzessionsinhaber weder nationalisiert noch konfiszieren noch requiriert werden darf. Sonderverträge mit Arbeitern und Angestellten sind zugelassen. Endlich wird garantiert, daß die Konzessionsbedingungen durch anderweitige Dekrete nicht beeinträchtigt werden. Das Dekret erwähnt übrigens auch, daß seitens ausländischer, besonders amerikanischer Kapitalistenkreise bezüglich der Ausbeutung des russischen Waldreichums und Ackerlandes sowie bezüglich der Organisation einzelner Industrieunternehmungen eine ganze Reihe konkreter Vorschläge vorliegen.

d'Annunzios Niedergang

Mit d'Annunzio geht es abwärts. Durch den Vertrag von Rapallo, der binnen kurzem ratifiziert werden wird, ist die Streitfrage Fiume für Italien und Südslawien erledigt. Damit ist eigentlich auch d'Annunzios Mission erledigt, der es immerhin durch seine persönliche Initiative dahin gebracht hat, Fiume vor der Einverleibung in Südslawien zu bewahren und die Bildung des Freistaates Fiume durchzuführen. Der kriegerische Diktator offenbar aber gleich vielen vom Erfolg beraubten Politikern, daß ihm der Blick für den Grad und die Dauer seines persönlichen Einflusses abgeht. Er weicht nicht den wiederholten Aufforderungen der italienischen Regierung, seine Herrschaft in Fiume aufzugeben, um die verfassungsmäßige Ordnung dort einzuführen. Er setzt den Abmachungen von Rapallo und Santa Margherita entgegen Widerstand entgegen und hat bereits gegen einige Südslawien zugewandene Gebietsteile an der dalmatinischen Küste militärische Aktionen eingeleitet.

Die italienische Regierung, der die jetzt d'Annunzios Wirksamkeit zwar oft unbedeutend, im ganzen aber nicht unerwünscht war, hat durch die Einigung mit Südslawien jegliches Interesse für d'Annunzio verloren. Sie beginnt nun ernst zu machen mit ihren Maßnahmen gegen den Mäusenohn. Der General Cavaglia ist beauftragt, d'Annunzios Herrschaft in Fiume um jeden Preis zu brechen. Er richtete mittels Flugzeug an d'Annunzios Truppen in Fiume die Aufforderung, sofort zum Heere zurückzukehren, widrigenfalls sie alle Folgen zu tragen hätten. Gleichzeitig kündigte Cavaglia eine strenge Blockade Fiumes an. Triester Depeschen melden eine langsame enge Einkreisung Fiumes durch Militär und Gendarmen. D'Annunzio

verfüge über 5000 Mann, meist hartnackige Menschen. D'Annunzio hat auf die Kunde von der Annäherung italienischer Truppen eine Kundgebung an die Bevölkerung von Benetien und Jullan gerichtet, nach der die Legionäre bereit sind, sich zu opfern.

Trotz dieser heroischen Ankündigung wird d'Annunzio wohl nichts anderes übrigbleiben, als zu kapitulieren. Der kapitalistische Staat läßt sich wohl die Extravaganzen eines einzelnen gefallen, solange sie seinen eigenen Absichten entgegenkommen. Sind diese erfüllt, so hat auch die Sympathie ein Ende und der einst Geprüelene wird zum unbedeutenden Störenfried.

Das Land der Lüge

Ein ungarisches Gesetz gegen die Presse

Wie aus Budapest gemeldet wird, nahm der Justizauschuß der ungarischen Nationalversammlung den Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der staatlichen Ordnung an, an dessen veränderter Annahme durch das Plenum Anfang Dezember kaum zu zweifeln ist. Dieses Gesetz bedeutet die schwerste Bedrohung der Freiheit der öffentlichen Meinung, insbesondere für die ausländischen Korrespondenten in Ungarn. In den §§ 11 bis 13 dieses Gesetzes werden Zuchthausstrafen von 5 bis 20 Jahren und Geldstrafen von 100 000 Kronen festgesetzt, sowie andauernde Verbannung aus dem Lande nach Strafverbüßung für die Berichterstatter, welche in auswärtigen Zeitungen „unangünstige“ Rezensionen über Ungarn veröffentlichen, in einer solchen Weise, daß das ungarische Nationalgefühl entweder gedemütigt oder verletzt, oder der auswärtige Kredit Ungarns geschädigt wird.

Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, wollen sämtliche auswärtigen Berichterstatter, die noch Wert auf Anstand legen, das ungarische Paradies verlassen. Nur die Berichterstatter der reichsdeutschen Horthypartei werden auf ihren Posten bleiben, denn es ist ihre Aufgabe, die Horthymethoden in der deutschen Presse populär zu machen.

Zentralisation der englischen Gewerkschaften

London, 2. Dezember.

Nach einer Reutermeldung hat eine Konferenz der Vertreter von 19 Gewerkschaften der Dockarbeiter, Wagenführer, Arbeiter auf Leichterschiffen, Hafenarbeiter usw. beschlossen, alle diese Organisationen zu einem großen Verbände zusammenzuschließen. Der Vorsitzende des englischen Transportarbeiterverbandes Gosling erklärte auf der Konferenz, dies sei eine der größten Fusionen organisierter Arbeiter, die jemals in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung vorgekommen sei. Sie werde die Macht des „Dreißtundes“ der Transportarbeiter, Eisenbahner und Bergleute erhöhen.

Der Vorgang ist symptomatisch für die Entwicklung zu zentraleren Zentralisation in der englischen Gewerkschaftsbewegung, die seit einiger Zeit große Fortschritte macht. Mit der Fusion aller Transportarbeiter ist eine neue wichtige Etappe auf diesem Wege zurückgelegt. Die englischen Gewerkschaften, die früher heillos zersplittert waren und unter einem zehrend wirkenden Stangenegoismus litten, sollen sich ebenfalls zu mächtigen Organisationen zusammen-

Elektrizitätsstreik in Rom. Infolge eines Streiks in den römischen Elektrizitätswerken liegen die Behörden die Werke beschlagnahmt. Längs der Transmissionslinien wurde eine Ueberwachung durch Polizei eingerichtet, die freigelegte Anwendungen erhielt. Städtische Ingenieure und Montiere führen einen Notdienst durch. Die Belegung vollzog sich ohne Zwischenfälle.

Finnisch-russischer Frieden. Der finnische Reichstag hat mit 186 gegen 27 Stimmen beschlossen, den Friedensvertrag mit Sowjetrußland zu ratifizieren.

Die „praktische“ Abwicklung. „Telegraf“ meldet, daß Japan vier neue Linienschiffe und vier Schlachtschiffe baut, die gegen 1928 fertiggestellt sein werden, ferner wird Japan 12 Kreuzer und 60 Torpedojäger bauen.

sein ganzes Gesicht erhelle und das er nergens zu verbergen suchte, indem er die eine Hand als Schaulappe gebrauchte.

Nun war ich inbeiden vollständig aus den Fugen. „Ach so“, dachte ich, „anscheinend ein Gegenrevolutionär, der die Monarchie, den Militarismus und einen neuen Weltkrieg herbeiwünscht; wer zuleht lacht, lacht am besten.“

Ich begab mich wieder in die Sonnenglatz hinaus, um nach der erhaltenen Anweisung einen Papierladen aufzusuchen, wo Formulare zum Verkauf sein sollten.

Resigniert trat ich mit meinem Formular den Rückzug an, um an dem betreffenden und dem nächsten Tage allmählich mit dem Portier und dem Wohnungsam zu verhandeln.

Nach halbständigem Umherirren, nach mehr oder minder unrichtigem Bescheide durch den einen oder anderen Gegenwärtigen, der deutlich hier, wie überall von der Welt nur seinen eigenen Stadteil kannte, kam ich plötzlich, wie durch eine Eingebung darauf, zu denken, daß es vielleicht mit einem ausgefüllten Formular nicht genug war, sondern das vielleicht mehrere Exemplare erforderlich waren. Zwar hatte man mich weder auf dem Polizeirevier noch im Papierladen darauf hingewiesen, aber man konnte niemals wissen. Und die neue Demokratie hatte unrettbar mein Vertrauen verloren.

Ich wanderte nunmehr zum Polizeirevier zurück und fragte höflich — der schwedische Bauernochs hatte die Fingel wieder an sich genommen — ob mehr als ein Exemplar des Formulars nötig sei.

„Selbstverständlich drei Exemplare“, brüllte der Wächter des Gesetzes.

Jetzt war ich völlig taub. Vielleicht infolge des Humors der Situation oder weil mein Instinkt unbewußt fand, daß die Situation für einen Zeitungsmann reif war, oder infolge höherer Eingebung. Genug, der berechnende Bauer in mir übernahm vollständig die Herrschaft.

Bergnügt und zufrieden begab ich mich wieder zu meinem Papierhändler, beehrte ihn lächelnd zwei weitere Exemplare des Formulars und kreuzte lächelnd zwischen widersprechenden Bescheiden über den Weg nach meiner Wohnung hindurch.

Dort hatte ich erst eine längere Unterredung mit der Portierfrau, die es übernahm, für mich gutzusagen. Dann kam ich auf die Chaiselongue meines Wirtes, ohne mich darum zu kümmern, ob ich dadurch die Wohnungsnot in der deutschen Hauptstadt vergrößerte.

Alle ermahnten mich, auf die Polizei und die dummen Bestimmungen zu pfeifen, wie es ja auch natürlich war in einem, wie man so oft sagte, in Auflösung befindlichen Lande. Selbst wollte ich inbeiden, wie gesagt, nicht dazu beitragen. Aber es war unmöglich, den Gesetzen zu gehorchen, besonders, da man mir sagte, daß man auf dem Wohnungsam diese Stunden warten mußte.

Mein Wirt, der sich am meisten erregte, soll später meine drei ausgefüllten Anmeldeformulare zugleich mit drei von ihm ausgefüllten Abmeldeformularen zum Polizeirevier geschickt haben. Damit stehen die Gesetze es sich für diesmal an. Genug.

Später kam ich für einen längeren Aufenthalt mitten in eine heftige Baneergegend. Dort ging es so wie während des Weltkrieges. Nicht einmal persönliche Erscheinungen wurde verlangt.

Der gesunde Bauernverstand hat stets eine andere Ordnung gelehrt, als die vielen Einrichtungen der Intellektuellen in einem solchen Kulturzentrum, für das eine Großstadt gilt.

„Lady Windermeres Fächer“

Was das ein dicker Getue und literarisches Gehabel Man spielte eine leichtsinnigehauene Komödie des von der englischen „Rosa“ gemarrierten und getöteten Oskar Wilde, der weit mehr konnte als geistreich funkelnde Unterhaltungsgüter in der Welt ihm selbst spöttisch behandelten Art französischer Vorbilder zu schreiben. (Seine merkwürdigen Essays z. B. über den Sozialismus und die Seele des Menschen“ übersehete Gustav Landauer.) Selbst dem Publikum teils gefälliges, teils ironische Grimassen schneidendes Bühnenstück „Lady Windermeres Fächer“, wurde nicht als spöttelnder Schmarren, sondern als ernsthaft tragisches Rätsel für seine Leute (im Residenztheater) gespielt. Die Regie von Alfred Rotter markierte Bornheimerei; es wurde alles langsam, leise und gedehnt gebracht, und die Damen auf der Bühne konnten in Ruhe ihre Schneiberinnenpracht ausbreiten. Da geht dieses Publikum bewundernd mit und lernt in bestechend schönen Kleidern selbst bei Oskar Wilde die „lasterhafte“ und die „tugendhafte“ Frau besser verstehen, die sich hier als Mutter und Tochter unerkannt, und dafür um so romanhafter abhoben und ansetzten. Karola Töffe, Hansi Arnstadt und Wolke Sanderad, sowie die Herren Korff, Otto, Falkenstein und Ballentin waren die ersten und besten Glieder der Komödie.

Das Ballhaus-Theater erneute mit Debars „Rastelkinder“ den Operettenerfolg seiner vorigen Spielzeit, wobei Alfred Bauer in seiner prächtigen Gestaltung des Wolf-Wald-Operettenspiels wieder den Hauptanteil hatte.

Die „Große Volkoper“ veranstaltete heute im Blüthner-Theater Lühowsirade 76, einen „russischen Abend“ mit dem Blüthner-Orchester unter Leitung von Selmar Regrowitz. Solistisch wirkten mit: Valentine Kofkin (Sopran) und Boris Krotz (Bass).

Im Neuen Volkstheater wird bis zum Freitag Max Schellhals „Jugend“ gespielt. Ab Sonnabend allabendlich „Perfidie“ von Tyrus“ mit Paul Bildt in der Hauptrolle.

In der „Tribüne“ ist am Sonnabend, den 11. Dezember, die deutsche Aufführung „Die Tournee“ von Lenormand. Bis dahin allabendlich „Bund und Bräutigam“ von Oskar Wilde.

Ein deutsches „Revolutionsstück“ von einem Franzosen. Der Verlag E. P. Tal u. Co., Leipzig und Wien, verlegt gerade an die Theater ein deutsches Revolutionsdrama, geschrieben vor bald hundert Jahren von einem Franzosen. Es handelt sich um den ersten Uebersetzer des Goethe'schen Faust, um Gerard de Nerval. Es ist die schwarz-rot-goldene Stimmung der deutschen Studenten vor hundert Jahren in diesem französischen Stück. Max Hochdorf, der für die Buchausgabe des Werkes eine neue Studie über Gerard de Nerval verfaßt hat, hat das Werk für die moderne Bühne bearbeitet.

Der Etat der Marine

Die Aberkündigung der Kriegsstotte

Der Hauptausschuss führte am Mittwoch die Beratungen über den Etat der Marine zu Ende. Fastig wurden die nicht erledigten Kapitel durchgeprüft und angenommen. Folgende Resolution der bürgerlichen Parteien, die zurückgestellt worden war, wurde nach längerer Aussprache noch angenommen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: beschleunigt Vorkehrungen zu treffen, daß den noch in ärztlicher Behandlung befindlichen oder wieder in solche gelangenden kriegsbeschädigten Militärpersonen, die infolge Verabreichung nach den früher geltenden Bestimmungen keinen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung usw. haben, künftig freie ärztliche Behandlung und Gehalt der in ihrer Wiederherstellung notwendigen Kosten gewährt wird. Woher aus eigener Tasche bezahlte Unkosten dieser Art sind zu erlesen.“ Dr. Rosenfeld, Dr. Leol und Kuhn hatten zu dieser Resolution folgenden Zusatzantrag gestellt: „Mannschaften, die bisher gezwungen waren oder gezwungen sein werden, auf eigene Kosten ärztliche Behandlung usw. in Anspruch zu nehmen, haben Anrecht auf Erstattung der Ausgaben.“

Kuhn (U.S.P.) wies nach, daß die eingebrachte Resolution von verabschiedeten Militärpersonen spricht und demnach Kriegsbeschädigte des Mannschafstandes Ansprüche auf Erstattung der Unkosten nicht erheben können. Der Zusatzantrag soll diese Benachteiligung beseitigen. Tatsache sei doch, daß vielen Kriegsbeschädigten keine Aufwendungen würden, zu denen sie absolut kein Verlangen haben könnten, weshalb sie sich auf eigene Kosten in ärztliche Behandlung geben. Auch unangenehme Prozeduren würden nur zu oft den Kriegsbeschädigten geschehen. Beschwerden hätten keinen Erfolg gehabt. Nur von den Schmerzen erlöst zu werden, hätten sie sich in vielen Fällen auf eigene Kosten Erleichterung beschafft. Zur Erstattung aller dieser Kosten sei, ebenso wie bei den Offizieren, dringende Pflicht. Die bürgerlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien stimmten trotzdem dem Zusatzantrag zu. Er bekam also keine Mehrheit.

Nachher wurde in die Beratung des Marine-Etats eingetreten. Dem Berichterstatter Stücken (S.P.D.) ist das Offizierskorps der Marine zu groß. Die Defizitfrage müßte der Marine erhalten werden. — Reichsminister Geheley: Keine schon am 28. Februar für die Besetzung des Defizits eingetreten, also schon vor den Kaputttagen. Er war der Auffassung, daß die Offizierspolitik, die eingeschlagen werden müßte, die Besetzung der Defizitfrage fördere. — Konteradmiral a. D. von Brünninghaus (D.M.L.): Da die Defizitfrage immer stärker politisch betätigen, würde für die Marine eine große Gefahr entstehen.

Kuhn (U.S.P.): Der Hauptausschuss darf den grundsätzlichen Auseinandersetzungen nicht ausweichen, sonst fehlt den Einzelberatungen jede sachliche Unterlage. Die Aussprache über den Etat der Marine ist noch möglich. Wir müssen zunächst fragen, welche grundsätzliche Stellung nehmen die Parteien zur Marine nehmen? Soll die Marine Kriegs- oder Friedensmarine dienen? Die verschiedenen Schiffe können zum Teil wohl in den Friedensdienst gestellt werden. Wir denken hierbei an die Wasserpolizei, die für See-, Küsten- und Hafenküstung Sorge zu tragen hat. Der Rettungs-, Leucht- und Leuchtfeuerdienst könnte der Marine gleichfalls überwiesen werden, ebenfalls der Vermessungsdienst. Aber all diese Funktionen haben für die Marine nur eine sekundäre Bedeutung.

Der Etat sagt, daß diese Herren eine Kriegsstotte haben wollen. Die Ueberorganisationsfrage, die man für die unzulässigen 24 Frigate geschaffen hat, ist nicht auf Unfähigkeit zurückzuführen, sondern sie ist bewußt geschaffen worden. Das ist die Organisation für den Neu-Marismus. Der Chef Konteradmiral a. D. Meurer sprach 1919 noch von einer Volksmarine, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden sollte und heute hat man den letzten Mann, der sich in den Zusammenhängen der bürgerlichen Demokratie bewegte, in der Marine entfernt.

Sobald auch der Wille zur Beseitigung des Defizits besteht, die Offiziere der Marine und Konteradmiral, und Unteroffiziere und Mannschaften sind nicht als Prätorianer. Und solche Truppen sollen für Ruhe und Ordnung sorgen? Nein, von Standa zu Standa haben sie es verdient, und der in der Marine herrschende Geist muß solche Konsequenzen herbeiführen. Erst der Bundesrat in Scapa-Flow und erst wieder die Bundesrat der Reichsregierung in Scapa-Flow. (Geheley: Das waren keine Ehrhardtente!) In Ort und Stelle behauptet man es, und daß es Marineangehörige seien, kann nicht abgelehnt werden. Die Steuergänger, vor allem die Arbeiter, sind die Opfer dieser Streiche, sie müssen die Kosten tragen.

Die Tirpitz, oder neuzeltlicher ausgedrückt, die Troika und die Richards, sind die spiritus rector der Marine, die Heberkeit auf neue Zusammenhänge hinarbeiten. Sollen die im Kap. 20 bis 5 eingelegten 50 000 Mark (ein schwarzer Fonds) Friedensdienst dienen? Welche Friedensarbeit weiß geheimis Fonds zu leisten. Die Geheimnisse sind die Quelle aller Korruptionen und Verbrechen. Ueber die von Herrn von Brünninghaus gepredigte Sparlosigkeit wird noch zu sprechen sein. Meine Partei ist grundsätzlich gegen die Kriegsmarine und lehnt infolgedessen den Etat ab.

Abg. Ernst (U.S.P.): Die Begründung des Reichswehrministeriums zwingt mich, auf die Defizitfrage einzugehen. Es kommt nicht, daß der Aufbau des ganzen Marinehaushalts nach sachlichen Momenten erfolgt ist. In Wirklichkeit ist die Marine ein Instrument der Reaktion geworden. Die Defizitfrage werden abgelehnt, weil sie politisch nicht mehr verwirklicht sind und in den Kaputttagen sich nicht im reaktionären Sinne bewähren haben. Herr Abg. Brünninghaus hat ja zugegeben, daß die politischen Einflüsse auf die Defizitfrage mit Schuld sind, daß sie ausgeglichen werden sollen. Man will die Stellen der Defizitfrage zu Offiziersstellen machen, bringt aber die Defizitfrage als Feldwebelstellen mit in den Etat. Also doppelte Ausgaben. Mit der Berechnung des Herrn Admirals Behne kann man nichts anfangen. Mit der Statistik läßt sich eben alles beweisen. Es ist eine Tatsache, daß auf 17 Mann ein Offizier kommt, auf 3 Mann ein Unteroffizier oder Feldwebel. In der letzten Zusammensetzung ist die Marine eine Versorgungsstelle der Reaktion. Die 10 Offiziere, die aus dem Mannschafstande herangezogen sind, werden im Laufe der Zeit verschwinden. Nachher sind es Konzeptionschulien, die die wirklichen Aufgaben erledigen sollen.

Der Prinz-Prozess

Nachrichtenstelle oder Mörderzentrale?

Die Beweisaufnahme im Prinz-Prozess wurde am Mittwoch fortgesetzt. Es wurde noch einmal der Zeuge v. Tziska vorgeführt. In den Zeugen Kollentz und Kudo gegenübergestellt zu werden, da Tziska behauptet hätte, er habe den Mordbefehl auf dem Kommandantur von einem dicken Herrn in Zivil erhalten. Der Zeuge Tziska erkennt jedoch weder Kudo noch Kollentz. Kudo aber, daß sein Auftraggeber von damals mit dem Zeugen Kudo identisch sein müsse, da es derselbe Herr war, der Ledebour nach Moskau übergeführt hat. — Rechtsanwält Rübelle: Der Herr Behne hat hier unter seinem Wida bekannt, daß er Ihnen niemals Geld gegeben hat, während Sie das Gegenteil behaupten. — Zeuge Tziska: Hierüber bitte ich Fräulein Eisenberger zu vernehmen, die von Wels für mich 3000, 4000 und 5000 M. abgeholt hat. — Rechtsanwält Rübelle beantragt die Ladung des Fräulein Eisenberger.

Kultur-Bezirker stellte hierauf den Antrag, der den Beweis bringen soll, daß der Angeklagte Prinz erst im Mai 1920 Eigentümer des Sonnenfeld-Prozesses auf die Idee gekommen sei, die Hauptzeugen über den angeblichen Mordbefehl aufzufüllen. Als Kulturbekannter ist auf die Zeugenfrage des Rechtsanwält Rübelle im ersten Prinz-Prozess berufen, und zwar auf Grund des von der Partei des Nebenklägers ausgenommenen Zeugens, protestiert Rechtsanwält Rübelle mit dem Bemerkten.

daß diese keine Aussage nicht richtig wiedergegeben sei. Gleichzeitig stellt Rechtsanwalt Rübelle den Antrag, den bei diesem Prozeß für die Gegenklage tätigen Parlamentarier Kollentz und Kudo als Zeugen für die Gegenklage tätig, letztere aber auch für den „Vorwärts“ die tendenziösen Berichte. Dem Antrag wird stattgegeben.

Dann wird der Kaufmann Karl Bohl vernommen, der auf Anraten des Zeugen Heinrich Ellz der Frau Baumann nach dem Tode ihrer Tochter Hilde ein Darlehen gewähren wollte. Der Zeuge erklärt, daß er Frau Baumann das Geld gegen 6 Prozent Zinsen, eine Provision von 300 M. und Verpfändung der Möbel geben wollte. Sie habe jedoch das Angebot als wucherisch abgelehnt. — Vorl.: Stehen Sie in Verbindung mit Herrn Heinrich Ellz? — Zeuge: Jawohl, ich war früher bei ihm angestellt und mache jetzt in Hypotheken und Geldern. — Vorl.: Herr Ellz schenkt Ihnen alle Geschäfte zu? — Zeuge: Jawohl.

Der nächste Zeuge, der frühere Leutnant Otto Krause, der Führer im Regiment Reichstag war, bezeugt, etwas davon gehört zu haben, daß innerhalb der Truppe Gerüchte gingen, die Regierung wüßte die Befestigung Liebenichts und der Frau Luxemburg. — Staatsanw. Seiner: Kennen Sie den Zeugen Kollentz? — Zeuge: Er war ein vornehmer und tüchtiger Mensch, aber eine Revolutionserwartung. Man nannte solche Leute im Felde „Verbrecher“. — Rechtsanw. Rübelle: Man konnte einen so vornehmen Menschen also wohl zu einer Verhaftung gebrauchen? — Zeuge: O ja, man konnte ihn zu allen Sachen verwenden, bei denen für ihn Lebensgefahr drohte.

Als nächster Zeuge wurde dann der frühere Leiter der Nachrichtenabteilung der Kommandantur, der Landwirt Willi Lichterlein, vernommen. Er erklärt, daß nach seiner Ansicht der Mordbefehl von einer ganz anderen Seite ausgegangen wäre. Er habe damals in einem Kaffee in der Kollentzstraße gesessen, wie ein ablichter Offizier geküßelt habe, der Chauffeur, der Liebenichts Leiche fortfahren sollte, sei ihm bekannt, die ganze Sache gebe von Hauptmann Bahl aus. Der Zeuge ging darauf zu Bahl und wies ihn darauf hin, dafür Sorge zu tragen, daß seine Offiziere weniger großzügig auftreten. Bei der Berechnung des Offiziers habe ich dann ergebnislos, daß dieser angestrichelte gewesen sei. Liebenichts erklärte es für unmöglich, daß a. Tziska jemals einen derartigen Auftrag von Scheidemann oder von anderer Seite erhalten habe. — Rübelle: Wie kam es, daß v. Tziska den Auftrag erhielt, Ledebour zu verhaften? — Zeuge: Dieser Auftrag ging wohl von anderer Seite aus, eventuell auch vom Kronprinzen. — Rechtsanw. Rübelle: aber nicht von unserer Abteilung. — Rechtsanw. Rübelle: Lag denn nicht die Gefahr vor, daß, wenn man einen unzuverlässigen Mann, wie a. Tziska, einen solchen Auftrag erteilte, er über seine Befugnisse hinausging? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Es ging damals auf der Kommandantur so viel Geheimnisse vor, daß man gar nicht recht wußte, woran man war.

Darauf wurde der Zeuge v. Tziska nochmals vorgeführt und mit Lichterlein konfrontiert. a. Tziska erklärt, daß er von einem der drei Herren in der Nachrichtenabteilung den Mordbefehl erhalten habe. Er glaube, es sei derjenige gewesen, der später bei der Verhaftung Ledebours mit diesem zusammen im Auto saß. — Kultur-Bezirker: Kann auch ein vierter Herr dabei gewesen sein? — a. Tziska: Nein. Uebrigens war ja die ganze Nachrichtenabteilung nur begründet, um gewisse Führer unerschütterlich zu machen. Auf Befragen des R. A. Rübelle erklärt v. Tziska weiter, er habe im Laufe der damaligen Zeit etwa 50 000 M. bekommen und zwar von Liebenichts selbst 5000 bis 6000 M. — Zeuge Lichterlein: Ich habe v. Tziska eventuell 2000, höchstens aber 3000 M. gegeben. v. Tziska fand ich auch in sehr intimen Beziehungen zu Krawunde, bei dem er sich Spezialaufträge holte.

Darauf wurde der Schriftsteller Niebeling darüber vernommen, ob in der Reichsanzeiger ein Sekretär namens Hensel beschäftigt gewesen sei. Der Zeuge bejaht dies. Fünf Tage nach der Revolution habe er als Leiter der Ueberwachungsstelle im Haupttelegraphenam eine Legitimation, die von Ebert und Scheidemann unterzeichnet war, für einen Dr. Etlich aus München erhalten, der für die Volksbeauftragten eine Ueberwachungs- und Informationsstelle im Haupttelegraphenam einrichten sollte. Der Sekretär dieses Dr. Etlich, so erklärte der Zeuge, hieß Hensel und ist auch hier im Haupttelegraphenam gewesen. Die Legitimation des Dr. Etlich und des Hensel waren von Ebert und Scheidemann unterzeichnet. Hensel war ein junger Mann von 24 bis 25 Jahren. Rechtsanwält Rübelle: Wie war denn die Stimmung in Regierungskreisen gegenüber Liebenicht? Zeuge: Sie richtete sich seit dem 8. Dezember gegen ihn, und zwar auch in anderen Kreisen. Ich selbst habe als Leiter der Ueberwachungsstelle am 8. Dezember ein Hotelzimmer räumen lassen, in dem dann nationalsozialistische Schriftstücke aufgefunden wurden, in denen für die Ausfertigung von Liebenichts eine Belohnung von 10 000 M. versprochen wurde.

Dieses Zimmer befand sich in der Französischen Straße nahe der Friedrichstraße. Hinter dieser Bewegung soll ein Student namens Baal gefunden haben. Rechtsanwält Richter: Ist es möglich, daß v. Tziska auch von anderer als Regierungseite den Befehl erhalten hat? Zeuge: Jawohl. Zeuge Lichterlein: Ein Herr Hensel, der einen Ausweis von Ebert bei sich führte, ist auch einmal bei mir erschienen. Er gab an, Sekretär von Ulrich Kauser zu sein. Als ich mich zuerst bei Kauser telefonisch erkundigen wollte und diesen nicht erreichen konnte, erklärte Hensel, er würde am anderen Tage mit einem Empfehlungsschreiben Eberts wieder kommen. Er erschien aber nicht und Kauser erzählte mir dann später auf Befragen, er kenne diesen Hensel gar nicht. Das Gericht beschloß, den 30 Seiten umfassenden Beweisantrag Kultur-Bezirker im Laufe des Tages zu prüfen und zu Beginn der heutigen Verhandlung keinen Beschluß zu verhängen. Sollte das Gericht zu einer Ablehnung des Antrages des Betreters des Nebenklägers kommen, so werden am heutigen Donnerstag die Verhandlungen beginnen.

Nachprüfung des Hohenzollernvergleichs

In der Sitzung des Rechtsausschusses der Landesversammlung brachte gestern das Zentrum den Antrag ein, bei der Landesversammlung zu beantragen, die Regierung zu ersuchen, in einer erneuten Prüfung des Vergleichs mit den flüchtigen Hohenzollern und seiner Unterlagen einzutreten, bei der unbedacht der Wahrung des Grundgesetzes des Artikels 133 der Reichsverfassung die Ergebnisse der Verhandlungen des Rechtsausschusses berücksichtigt werden. Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten angenommen, nach dem alle weitergehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt worden waren. Die Vertreter der Rechtspartei behielten sich ihre endgültige Entscheidung für das Plenum vor.

Der deutsch-russische Gefangenenaustausch. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Seit Beginn des Gefangenenaustausches, vom Mai dieses Jahres, sind insgesamt 92 882 Heimkehrende aus Rußland und Sibirien in Deutschland eingetroffen, darunter befinden sich 28 556 Reichsdeutsche, von denen 25 987 über die Dniep und 2889 über Wladivostok in der Heimat angelangt sind. Die Zahl der aus Deutschland abtransportierten Russen beträgt rund 108 000.

Einigung über die Rückkehr Konstantins. Wie aus London gemeldet wird, besagt ein Bericht der „Morning Post“, daß eine Uebereinkunft zwischen den drei Großmächten bezüglich der Rückkehr König Konstantins, über die bisher geschrieben wurde, zustande gekommen sei. Der Bericht wurde davon in Kenntnis gesetzt werden, sobald Legation wieder nach London zurückgekehrt sei.

Groß-Berlin

Wohltätigkeit des Roten Kreuzes?

Angeregt durch die Sammlungen für in Not geratene Kinder, die jetzt von den Bürgerlichen demonstrativ betrieben werden, schließt uns eine in der Westseite des Roten Kreuzes, Willebrandstraße 4, beschäftigte Frau näheres über die Formen, die die dort getätigte Wohltätigkeit angenommen hat. Der Arbeitstube ist ein Frauenheim angeschlossen. Im einzelnen wird gefasst über die Milch- und Brotartenverteilung, die viel zu wünschen übrigläßt. Uebermäßige Bewegung und Arbeit werde von Schwangeren und von stillenden Müttern verlangt, denen man zumute, Wege von der Müllerstraße bis zur Elster Straße täglich viermal zurückzulegen. Bist sie eine Inhabin des Helms nicht den getrossenen Anordnungen, so wird sie erzwungen, los auf die Straße geschickt. In die Rote Kreuzküche gerichtet Beschwerden sind fruchtlos. Ganz besonders zeigt sich aber die „wohltätige“ Tendenz dieses Wertes der Nächstenliebe in folgender Tatsache:

Seit Jahren werden in dem Frauenheim Rührerinnen und Zuschneiderinnen unter dem Tariflohn beschäftigt. Nachdem nun diese Arbeiterinnen, aufgeführt durch die seit der Revolution mächtig emporgewachsene gewerkschaftliche Bewegung, auch ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollten, sich organisiert und den ihnen zuzumessenden Tariflohn verlangten, wurden sie von ihrer Arbeitgeberin mit dem humanitären Armenhilfs gelöst und liegen nun, 14 Tage vor Weihnachten, auf der Straße. Trotz der reichlich vorhandenen, vom Anstaltungsamt zugewiesenen, auch auf entlohneter Arbeit soll der Betrieb geschlossen werden. Daß fast sämtliche Arbeiterinnen alleinstehend sind und verschiedene noch für Kinder zu sorgen haben, ist für die Leitung dieser dem Wohl der ärmeren Volksschichten gewidmeten Einrichtung in ihrem Vorgehen gegen die um die Notkur des Lebens kämpfenden nicht weiter hinderlich. — Das Rote Kreuz veranstaltet Sammlungen, erhebt und empfängt Liebesgaben aus allen Ecken, um die Not der Kinder usw. zu lindern — die eigenen Arbeiterinnen, die nichts anderes als gerechte Entlohnung verlangen, werden nicht nur nicht bedacht, sondern ihrer Verdienstmöglichkeit beraubt und dem Elend preisgegeben. Tausenden Familien gewöhnt, aber nicht unwürdigen Menschen Verzweiflung überfahren lassen — trefflicher können die die Wohltätigkeit überdeutende Bourgeoisie beherrschenden Motive nicht charakterisiert werden!

Erwerbslospfürsorge im Oktober

Im Monat Oktober ist eine Zunahme der Berliner Erwerbslosen zu verzeichnen. Während am Ende des Monats 47 000 unterrichtet wurden, liegt die Zahl im Laufe dieses Monats auf rund 49 000 (davon 39 500 männliche und 9 500 weibliche). Der Abgang an Erwerbslosen im Laufe des Oktober betrug rund 14 000 (davon 10 500 männliche und 3 500 weibliche), der Zugang rund 16 000 (davon 12 500 männliche und 3 500 weibliche).

Von den 49 000 Erwerbslosen waren rund 26 400 organisiert. Es befanden sich im Alter: Männliche: zwischen 16 und 18 Jahren 866, im Alter von 18 und 21 Jahren 4067, über 21 Jahre 35 523. (Davon verheiratet 28 088).

Weibliche: zwischen 16 und 18 Jahren 273, im Alter von 18 und 21 Jahren 907, über 21 Jahre 8 600. (Davon verheiratet 2 295, verwitwet 3 097).

Familienzuschläge wurden insgesamt in rund 23 700 Fällen gezahlt. Seit November vorigen Jahres und länger waren ausgangs Oktober noch 442 Männliche und 14 Weibliche erwerbslos. Die Statistik für die neue Stadtgemeinde Berlin liegt noch nicht vor.

Stadtverordneten-Fraktion Groß-Berlin

Heute, abends 8 Uhr, findet im Rathaus, Zimmer 102, eine Stadtverordneten-Fraktions-Sitzung statt. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist notwendig.

Funktionärinnen Berlin-Brandenburg

Am Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, in den Kuffler-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, Zusammenkunft aller Vorsitzenden der Frauenarbeitskommissionen, weiblichen Vorstandsmitglieder und Lebensleiterinnen. Vortrag der Genossin Wurm. Begrüßungsverband Berlin-Brandenburg.

12. Bezirk. Die am 29. 11. stattgefundene Sitzung des 12. Bezirks (Steglich, Laufnig, Nierschke und Siedenbe) beschäftigte sich mit der Besetzung des Bezirksamtes. Die bürgerlichen Vertreter wollen den unbedachten Mitgliedern den Vorschlag geben. Wir hatten den Antrag eingebracht, 7 besetzte und 4 unbesetzte wie der Magistrat vorgefahren hätte. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nur die S. P. D. Vertreter stimmten noch dafür. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, 6 besetzte und 7 unbesetzte Mitglieder für das Bezirksamt dem Magistrat zur Genehmigung vorzuschlagen.

Die 122. Bezirkskommission, Wohnort Str. 8, wird am 12. Dezember d. Js. mit der 81. Bezirkskommission dorstlich vereinigt. Die Gründung der vergrößerten 81. Bezirkskommission findet am 20. Dezember d. J. statt. — Die 172. Bezirkskommission, Großbeerenstr. 41, wird am 18. Dezember aufgelöst. Die Versorgung der Einwohner des Stadtbezirks 61a wird in der 14. Kommission, die Versorgung der Einwohner des Stadtbezirks 61b in der 15. Bezirkskommission, Culmburgstraße 15, am 20. Dezember er. vorgenommen.

Blühige Fiktion in Nichtenberg. In den nächsten Fiktionellen finden am 2. und 3. Dezember „blühige Fiktion“ statt. U. a. wird Schefflich mit 2,50 bis 4,20 Mark, Kadeljau mit 5,— Mark das Pfund verkauft.

Kommunales Volksbildungsausschuss Reinickendorf. Mit einer Aufführung des Staatstheaters, „Nation der Weisse“, am 14. Dezember, abends 7 Uhr, in den Hubertusjulen, beginnt eine Serie von erstklassigen Theateraufführungen, die die Reinickendorfer Bevölkerung der Ruhe und Unkosten erheben sollen, mit denen der Besuch eines gleichwertigen Theaters in Berlin verbunden ist. Karten zum Einzelpreis von 5 Mark sind von heute ab bei den Parteifunktionären und an den bekannten Stellen zu haben.

Charlottenburg. Infolge Verlegung unserer Expedition kann in den nächsten Tagen bei einzelnen Abonnenten eine Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ eintreten. Wir bitten um Nachsicht in diesem Falle. Die ordnungsmäßige Belieferung wird in wenigen Tagen wieder erfolgen.

Einbruch im Volkshaus der U. S. P. D. Reinickendorf-W. Die U. S. P. D. Reinickendorf-W. besitzt in der Schorweberstr. 115 ein Volkshaus. In einem der größeren Räume ist das Jugendheim der sog. Jugend untergebracht. Während nun am Dienstagabend die Genossen der U. S. P. D. das vom kommunalen Bildungsausschuss veranstaltete Konzert vom Rührerorchestrer befehlen, drangen mittels Schlüssel Einbrecher in die Räume des Jugendheims ein und nahen sämtliches Inventar. Die Einbrecher wurden von Einwohnern des Hauses erwischt und festgehalten.

Der Wohnstoffmarkt hat sich abgekühlt. Kaffee-Ersatzmittel aus Getreide oder Mischungen hieraus, dürfen nur in geschlossenen Packungen in den Verkehr gebracht werden. Diese Bestimmung ist jetzt vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch eine Verordnung auf Rechnung und Wohnstoff-Ersatzmittel aus Getreide aufgehoben worden. Auf der Packung muß der Gehalt an diesen in Hundertteilen angegeben werden. Kaffee-Ersatzmittel aus Getreide darf im Kleinhandel nicht über 3,90 M. das Pfund, aus Getreide nicht über 3,70 M. kosten.

Vorauswärtiges Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Ueberwiegend trübe und neblig mit öfters wiederholten Niederschlägen und mäßigen, südwestlichen Winden. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

